

## PRESSEMITTEILUNG

Bremen, 18.03.2020

Internet

<https://www.oberverwaltungsgericht.bremen.de>

### **Präsident des Oberverwaltungsgerichts legt Geschäftsbericht für 2019 vor: Verwaltungsgerichtsbarkeit durch Asylverfahren weiterhin stark belastet; Einführung der E-Akte trotz hoher Belastung gelungen**

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts, Prof. Peter Sperlich, hat heute den Geschäftsbericht für das Jahr 2019 vorgelegt. Die extrem hohen Eingangszahlen der letzten Jahre im Asylbereich prägen weiterhin die Arbeit der bremischen Verwaltungsgerichtsbarkeit. So ist das Verwaltungsgericht immer noch mit einem Bestand von über 2.400 Verfahren belastet. Der Abbau dieses Bestandes ist zeitintensiv. Zum einen, weil die noch anhängigen Asylverfahren in aller Regel einer sehr sorgfältigen Einzelfallprüfung bedürfen. Dies zeigt sich auch daran, dass sich die Anzahl der mündlichen Verhandlungen in Asylverfahren gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt hat, während die Anzahl der erledigten Asylverfahren annähernd gleichgeblieben ist. Dies verdeutlicht, wie viel mehr an Zeit und Aufwand in jedes einzelne Verfahren geflossen ist. Zum anderen verzeichnet die Verwaltungsgerichtsbarkeit auch weiterhin hohe Eingangszahlen, gerade auch im Asylbereich. Hier sind die Eingänge gegenüber dem Vorjahr sogar wieder leicht gestiegen. Sie liegen weiterhin deutlich über den Zahlen bis 2016. Durch den nach wie vor hohen Bestand verlängern sich leider auch die Verfahrenslaufzeiten in der ersten Instanz wieder.

Die Asylverfahren erreichen nun auch die zweite Instanz: Am Oberverwaltungsgericht war 2019 ein deutlicher Anstieg der Eingangszahlen in diesem Bereich festzustellen. Hier ist es bislang aber noch gelungen, ein Anwachsen der Bestände zu

---

Verantwortlich:

RiOVG Friedemann Traub · Am Wall 198 · 28195 Bremen · Telefon: 0421 361-10535 · Fax: 0421 361-4172  
Vertreterin: RiOVG Dr. Katja Koch · Am Wall 198 · 28195 Bremen · Telefon: 0421 361-10092 · Fax: 0421 361-4172

verhindern. Die Verfahrenlaufzeiten am Obergerverwaltungsgericht sind mit durchschnittlich neun Monaten erfreulich kurz und gegenüber den Vorjahren weiter gesunken.

Im Jahr 2019 wurde die bremische Verwaltungsgerichtsbarkeit komplett auf die elektronische Aktenführung umgestellt. Sie ist nun bundesweit die erste Gerichtsbarkeit, die im Echtbetrieb mit der führenden elektronischen Gerichtsakte arbeitet. „Das alles ist mit einschneidenden Veränderungsprozessen einhergegangen, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusätzlich zu der ohnehin hohen Verfahrensbelastung mit großem Engagement getragen worden sind. Für diese besondere Leistung möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gerichtsbarkeit herzlich bedanken,“ so der Präsident des Obergerverwaltungsgerichts, Prof. Peter Sperlich.